Auswertung:

Befragung 'Entwicklung und gelenkte Einwanderung in ländlichen und abgelegenen Räumen'

Fragebogen: www.christopherstark.de/online-

fragebogen-laendliche-raeume

Laufzeit: 27. Mai 2019 bis

02. August 2019

Auswertung: 07. November 2019

Konzeption und

Durchführung: Christopher Stark

Institution: Universität Hamburg / Institut

für Geographie

Betreuender

Professor: Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge

Befragung im Rahmen der Dissertation 'Gesamtstrategien und räumliche Planung als Schlüssel für die Bundesrepublik Deutschland als erfolgreiches Einwanderungsland – Zwischen gesellschaftlicher Vielfalt, Integration, räumlicher Gleichverteilung und Anreizsystemen'

Inhaltsverzeichnis

0	Einleitende Bemerkungen	3
1	Auswertung Abschnitt 1: Wohn- und Arbeitsperspektiven	4
2	Auswertung Abschnitt 2: Werte und Meinungen	11
3	Auswertung Abschnitt 3: Wohnen und kulturelle Vielfalt	21
4	Auswertung Abschnitt 4: Ansiedlung von Menschen von außerhalb in ländlichen Regionen	24
5	Auswertung Abschnitt 5: Informationen zu Ihrer Person	38
6	Auswertung Abschnitt 6: Kommentare, Anregungen, Ideen	41
7	Anhang	43
7.1	Repräsentativität der Herkunftsgemeinden	43
7.2	Geodaten und Software	44

0 Einleitende Bemerkungen

Der Zeitraum für die Befragung war der 27. Mai 2019 bis 02. August 2019. Es haben insgesamt 440 Personen teilgenommen, wobei fast alle dieser Personen den Fragebogen online ausgefüllt haben.

Es folgt eine grobe Auswertung des Fragebogens – ohne weitergehende Schlussfolgerungen, diese werden erst in der fertigen Dissertation enthalten sein. Alle Fragen aus dem Original-Fragebogen sind in diesem Dokument mit einem Rahmen versehen.

Voraussetzung um an der Befragung teilzunehmen war, dass die Befragten in Deutschland in "ländlichen" und oder "abgelegenen" Raum leben. Nach der Bereinigung von Befragten aus Gemeinden und kreisfreien Städten, die weder ländlich, noch als entlegen/peripher zu bewerten sind, bleibt eine Gesamtzahl von 423 gültigen Antwort-Datensätzen. Aussortiert wurden v.a. Datensätze von Personen die den Fragebogen ausgefüllt hatten, die jedoch aus Großstädten stammen, welche seit 1991 keine großen Bevölkerungsverluste zu verzeichnen haben und damit nicht als peripher angesehen werden können.

Die Definition dessen, was im Fragebogen und dieser Auswertung mit "peripher" und "ländlich" gemeint ist, orientiert sich an den folgenden Aspekten:

- Als ländlich werden alle Gemeinden definiert, die nach Eurostat den Kategorien 2 (mittlere Besiedlungsdichte) und 3 (gering besiedelt) zuzuordnen sind und bei denen es sich um kein durchgängig städtisches Gebiet oder eine Stadt handelt.¹
- 2. Als peripher werden alle unter 1. definierten Räume gesehen sowie auch Städte und urbane Gemeinden, sofern sie einen Bevölkerungsverlust von über 10% zwischen 1991 und 2016 aufweisen.

Der Einleitungstext des Fragebogens lautete:

Entwicklung und gelenkte Einwanderung in ländlichen und abgelegenen Räumen

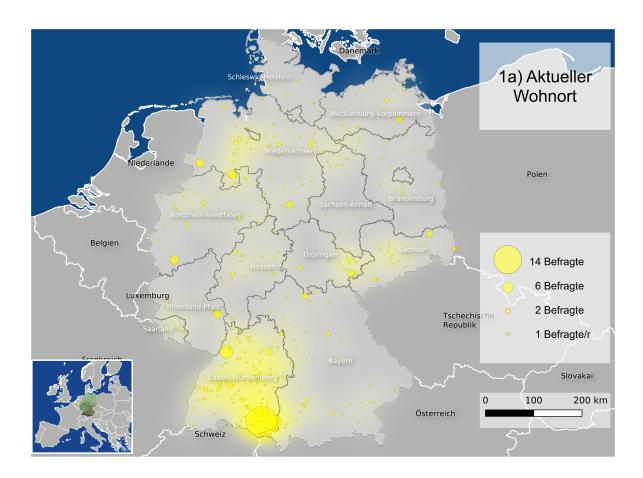
Dieser Fragebogen ist Teil einer Dissertation (Doktorarbeit) und richtet sich an Menschen, die in **ländlichen oder abgelegenen Orten** in Deutschland leben. Es ist wichtig, dass so viele Menschen wie möglich an dieser Befragung teilnehmen. Dies kann dazu beitragen, dass die Grundlagen für eine bessere Raumplanung gelegt werden können. In der Folge kann es zu einer **Verbesserung der Lebensverhältnisse** in ländlichen Regionen kommen – und kann verloren gegangene gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik zurückkehren.

Quelle: Eurostat - The New Degree of Urbanisation (DEGURBA) - (Neuklassifizierung ab 31.12.2011) http://ec.europa.eu/eurostat/ramon/miscellaneous/index.cfm?TargetUrl=DSP_DEGURBA **Ausfüllen:** Die Auswertung der Fragebögen erfolgt **anonymisiert**, Ihre Angaben können also nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden. Im Test hat das Ausfüllen des Fragebogens **10-15 Minuten** in Anspruch genommen.

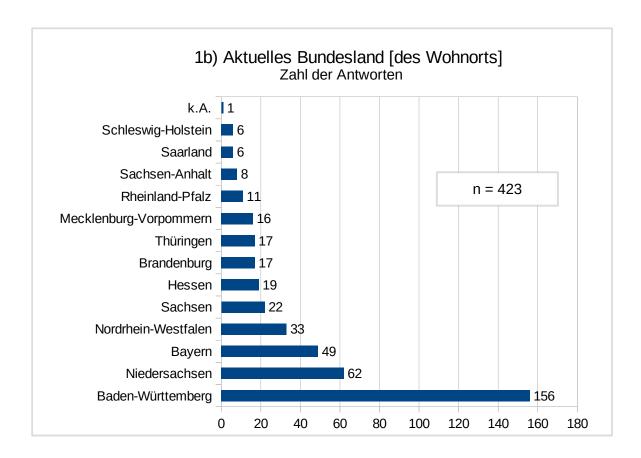
1 Auswertung Abschnitt 1: Wohn- und Arbeitsperspektiven

1a) Aktueller Wohnort

Es folgt eine Karte mit den Wohnorten der Befragten um aufzuzeigen, welche räumliche Verteilung den Antworten zugrunde liegt.

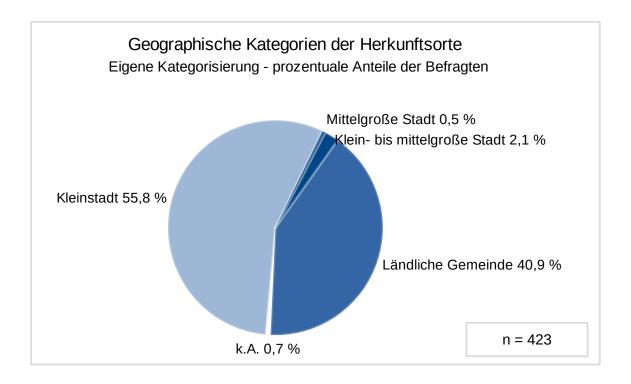


1b) Aktuelles Bundesland



Unter den Befragten sind Teilnehmer*innen aus allen Flächenbundesländern, jedoch nicht aus den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen (die ja weder peripher noch ländlich sind).

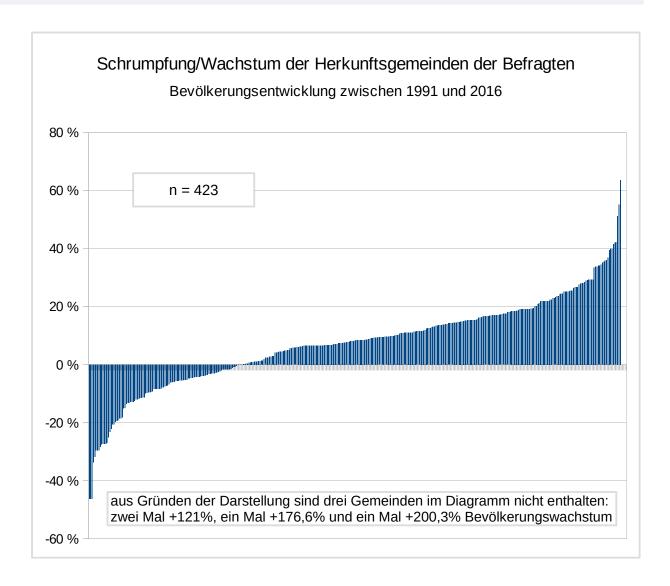
Die Herkunftsgemeinden der Befragten sind zu etwas mehr als die Hälfte Kleinstädte und etwas weniger ländliche Gemeinden. Letztere zeichnen sich durch eine weniger starke Agglomeration aus oder durch eine lose Ansammlungen von Dörfern. Kleine bis mittelgroße Städte sowie mittelgroße Städte (50.000 bis 100.000 Einwohner) spielen wenig überraschend als Herkunftsorte eine untergeordnete Rolle, zumal sie generell der Kategorie "ländlich" zuzuordnen sind, und nur in wenigen Fällen in die Kategorie "abgelegen"/"peripher" passen.



Der Autor hat nur ausgefüllte Fragebögen von Befragten aus denjenigen mittelgroßen Städten (>100.000 Einwohner) in die Auswertung einbezogen, die nach Daten des Statistischen Bundesamtes¹ zwischen 1991 und 2016 demographisch stark geschrumpft sind, und damit der Kategorie "peripher" zuzuordnen sind.

Die Kategorie "Klein- bis mittelgroße Stadt" beinhaltet Städte mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern, die im genannten Zeitraum in Bezug auf ihre Bevölkerungszahl um mehr als 10% geschrumpft sind.

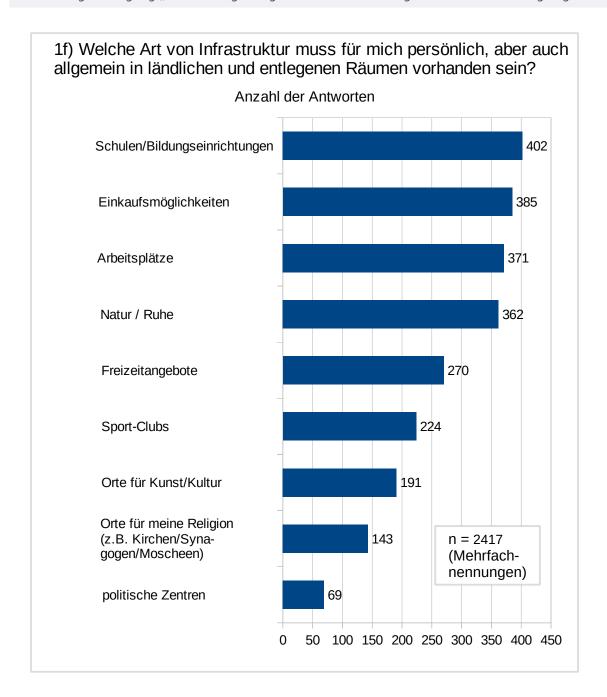
Die folgende Grafik zeigt, wie viele der Befragten aus schrumpfenden oder wachsenden Gemeinden oder Städten stammen.



Weitere Informationen zu den Befragten, zu Geschlecht, Einkommensgruppen usw. finden sich in Kapitel 5.

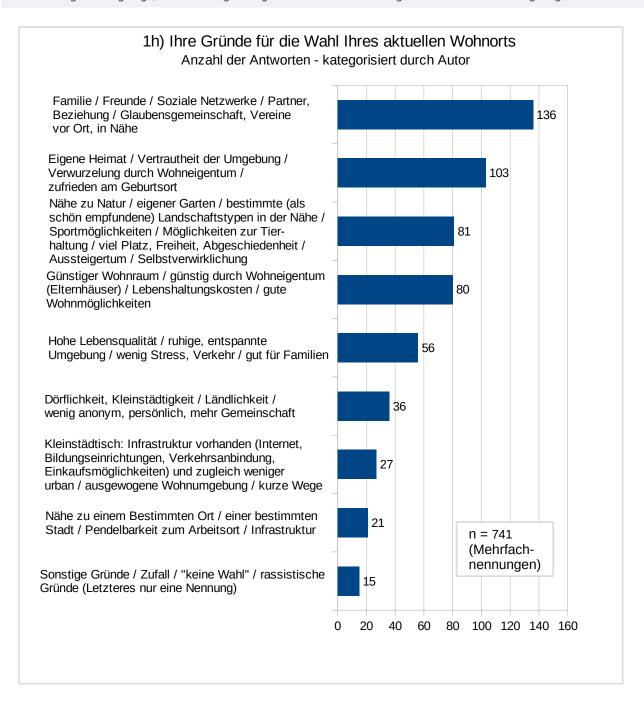
Die Ergebnisse der Fragen "1c) Geburtsort" und "1d) Bundesland der Geburt" sowie "1e) Geburtsland" wurden nicht ausgewertet, da die Ergebnisse zum jetzigen Zeitpunkt keine Relevanz für die Dissertation haben.

Es folgen nun mit 1f) die inhaltlichen Ergebnisse aus Abschnitt 1:



1g) Weitere wichtige Infrastruktur (Stichworte):

Da bei dieser Frage recht wenig Antworten erfolgt sind und alle Aspekte bereits in den Antworten zu den Fragen 1f) und 1h) genannt wurden, wurden sie an dieser Stelle nicht ausgewertet.



1i) Unter diesen Bedingungen möchte ich langfristig an meinem derzeitigen Wohnort bleiben:

Anzahl der Antworten, kategorisiert durch Autor

Arbeitsperpektiven - auch in Zukunft / Möglichkeiten, materiell auszukommen / gute Arbeit, Bezahlung / gute Erreichbarkeit der Arbeitsstelle / Erhaltung des Betriebs und oder der Arbeit

Bessere Infrastruktur/Grundversorgung allgemein / Infrastruktur zumindest erhalten / Einkaufsmöglichkeiten (auch Drogeriemärkte, Bioläden) / schnelles Internet (z.B. für Homeoffice) / funktionierender Mobilfunk

Mobilität und Infrastruktur verbessern / Ausbau Rad- und Gehwege / Anbindung an ÖPNV verbessern / häufiger fahrender öffentlicher Nahverkehr (Wochenende/Nacht) / Weg vom Autoverkehr / Anbindung an Ballungszentren

Soziale Beziehungen / Netzwerke (auch in Zukunft vorhanden) / Vereine, Kirche usw. / Möglichkeiten für Engagement / Ausgewogene Bevölkerungsstruktur

Gesundheitsversorgung in räumlicher Nähe (auch Ärzte, Apotheken) / altersgerechte Infrastruktur vorhanden

Weiterhin gute, hohe Lebensqualität / Ruhe / weiterhin nicht zu viel Verkehr, zu verstädtert / Dörflichkeit erhalten

Freizeit- Sportmöglichkeiten vorhanden oder in der Nähe / kulturelle Angebote vor Ort / Kunst, Subkultur etc. / Restaurants / soziale Treffpunkte

Langfristig vorhandene und intakte Natur (Landwirtschaft nicht zu intensiv) / keine Mastställe im Wohnumfeld / Ökologische Landwirtschaft / Maßnahmen für Klimaschutz auch vor Ort

Wohneigentum / eigener Garten / Wohneigentum bereits vorhanden / bezahlbarer Wohnraum

Allgemeine Zufriedenheit vor Ort / Heimatverbundenheit (auch wegen Familientradition) / Alter als Grund für das Bleiben

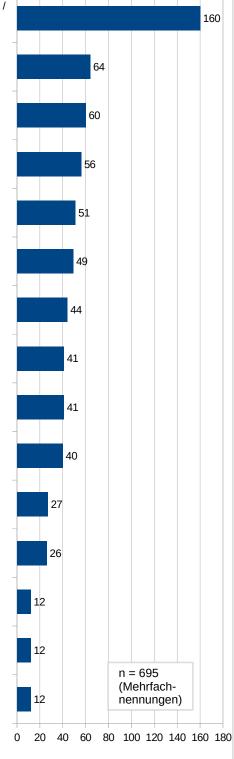
Infrastruktur für Familien, Kinder vorhanden und langfristig erhalten. Schulen/ Freizeiteinrichtungen (auch reformpädagogische Bildungseinrichtungen)

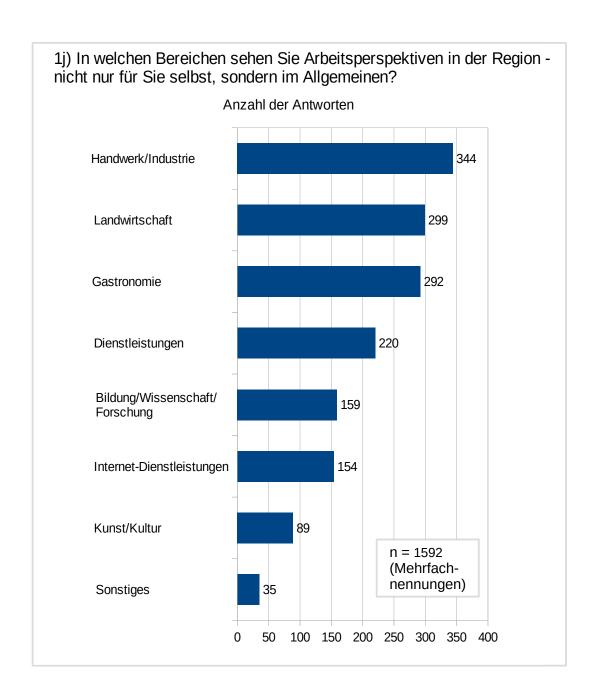
Familien- und Kinderfreundliches Umfeld / Zukunftsperspektiven allgemein und für Familie/Kinder

Sonstiges / Freie Entfaltung / Möglichkeiten für Spiritualität und Religion / Jung und Alt in Gemeinschaft / Förderung privater Ideen ohne viel Bürokratie / Politische Stabilität / Weniger bürokratischer Apparat / Gemeineigentum

Friedliches Zusammensein / nicht zu viel bzw. Reduktion des Rechtsextremismus / weiterhin wenig Kriminalität

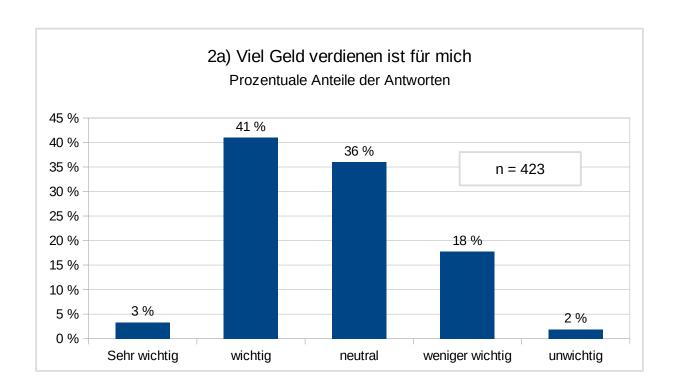
Möchte nicht bleiben / möchte in Stadt ziehen / auf dem Land nicht altersgerecht

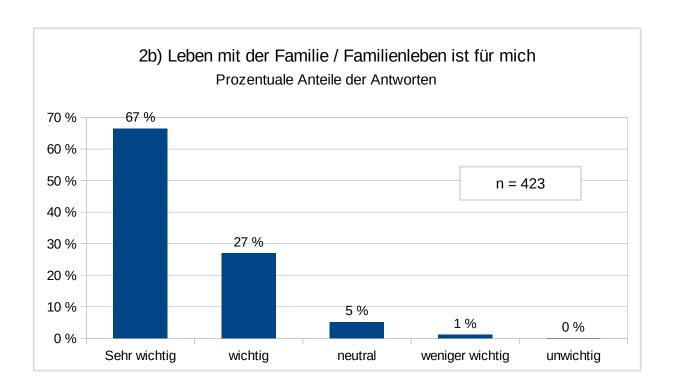


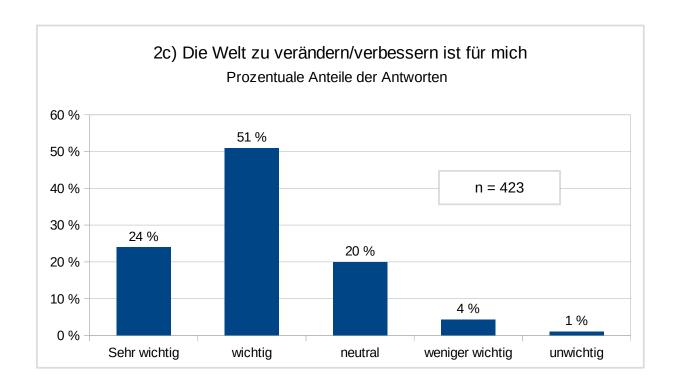


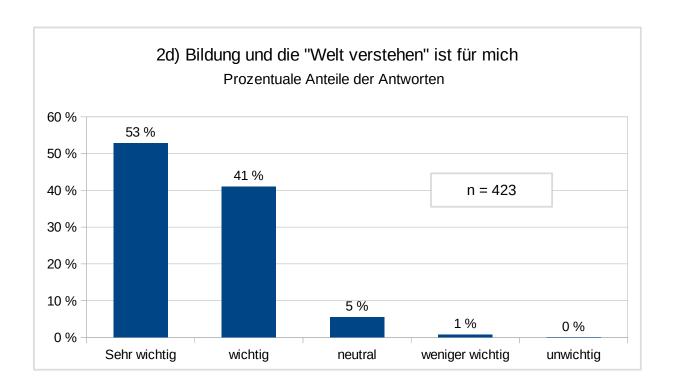
2 Auswertung Abschnitt 2: Werte und Meinungen

In diesem Abschnitt geht es um Ihre Meinung zu verschiedenen Themen. Bitte klicken Sie jeweils auf der Skala entsprechend von "sehr wichtig" bis "unwichtig" an: Es geht also um die individuelle Bewertung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte für das eigene Leben.









2e) Sonstiges (was mir noch wichtig ist – Stichworte)

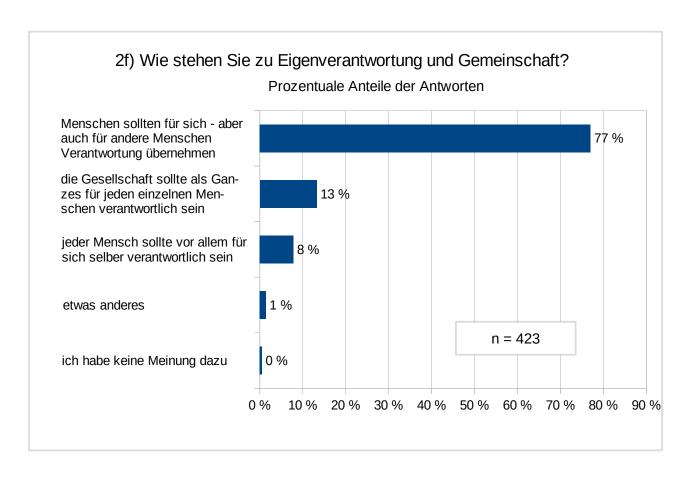
Da recht wenige Antworten in 2e) erfolgt sind, folgt an dieser Stelle nun eine qualitative, inhaltliche Zusammenfassung der genannten Aspekte durch den Autor:

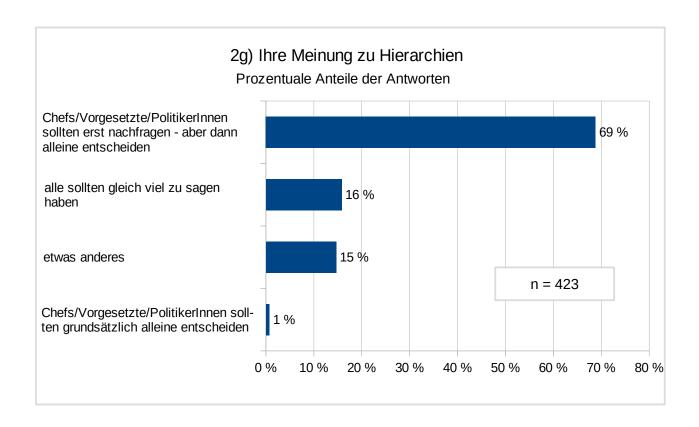
Die Antworten unter 2e) zielen darauf ab, eine insgesamt verlässliche und vorausschauende Kommunalpolitik und die Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungen einzufordern. Aber auch darauf, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen gestärkt wissen zu wollen und darauf, dass soziale Aspekte stärker berücksichtigt werden müssten, wie das Leben in der Gemeinschaft, friedliches Zusammenleben ohne Konflikte usw.

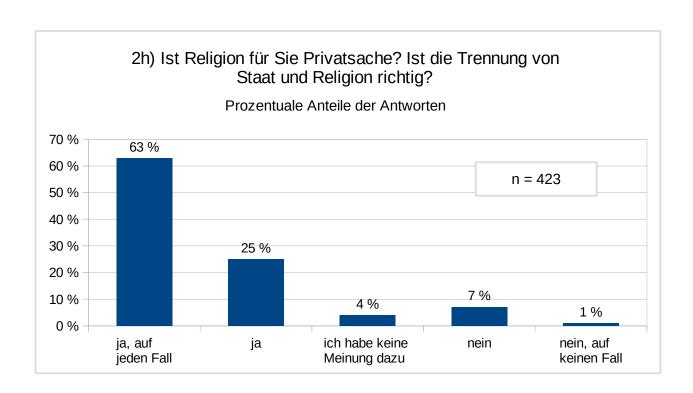
Das wenig anonyme Umfeld und eine überschaubare soziale Gemeinschaft auf dem Land werden als wünschenswerte Aspekte betont, aber auch das entschleunigte Umfeld und Traditionalität.

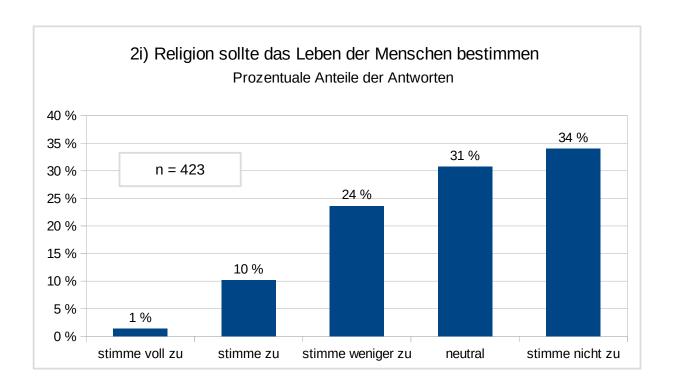
Andere betonen, wünschenswert seien gerade im ländlichen Raum mehr Nachhaltigkeit, ein respektvoller Umgang mit den Ressourcen und der Umwelt- sowie Klimaschutz, Gesundheit und ein Leben im Einklang mit der Natur (Ökologie, "Zero Waste", Nachhaltigkeit, Erhaltung des Naturraums).

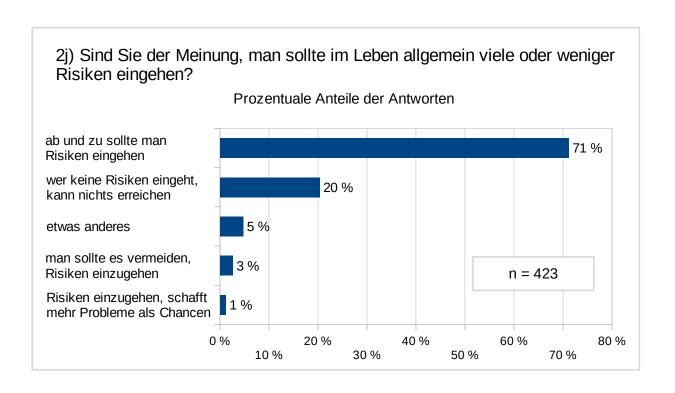
Einige kritisieren den Rechtsextremismus in ländlichen und peripheren Region und fordern mehr Toleranz. Einige fordern hingegen eine insgesamt bessere Integration oder sogar eine Assimilation von Einwanderern im Allgemeinen.

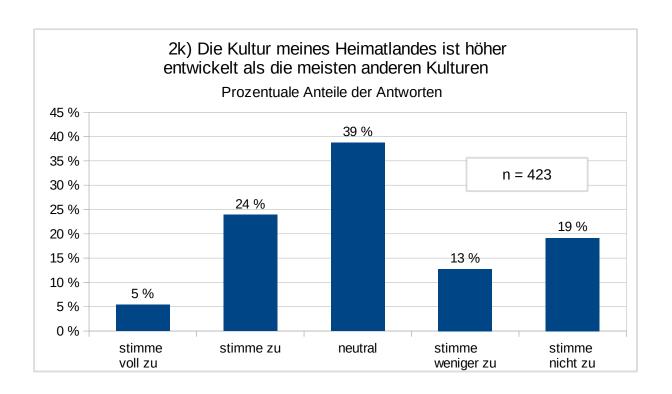


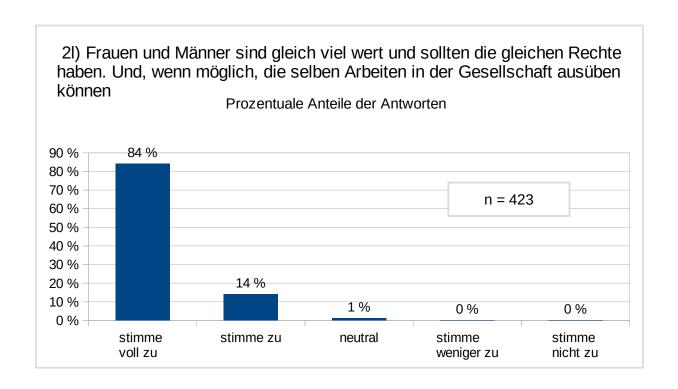


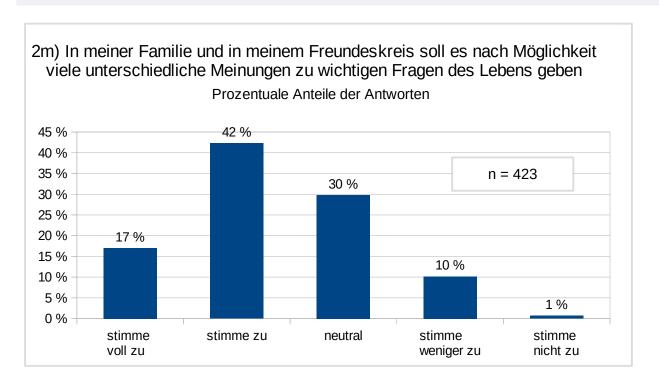


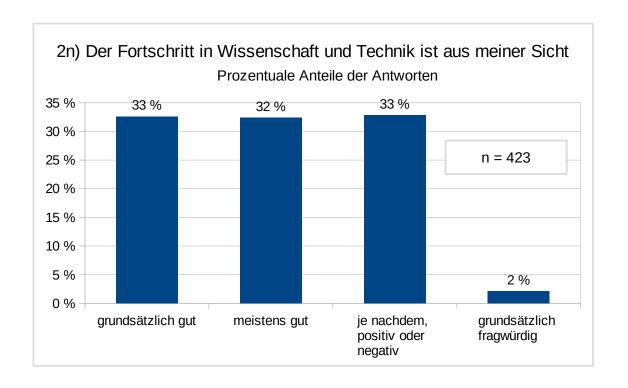












20) Was ist für Sie ganz allgemein positiv an Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern - und was negativ?

Positive Aspekte (Stichworte):

20) Was ist für Sie ganz allgemein positiv an Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern - und was negativ? Positive Aspekte - durch Autor zusammengefasste Gesamtzahl der Nennungen

Individuelle Freiheit / Entfaltungsmöglichkeiten und Chancen / Meinungs- Presseund Religionsfreiheit

Stabilität und Stärke der Zivilgesellschaft / Demokratie und relativer Wertekonsens / funktionierende Strukturen / das Grundgesetz als Grundlage des Zusammenlebens / Rechtstaatlichkeit, Rechtssicherheit, Gewaltenteilung / Sekularität / wenig Korruption

Hohe Lebensqualität / Wohlstand / postitive wirtschaftliche Entwicklung / wenig Arbeitslosigkeit / gute Grundversorgung / geringe Lebenshaltungskosten

Sozialstaat / soziale Gerechtigkeit / soziale Absicherung (relativ wenig Armut) / Arbeitsbedingungen und Gewerkschaften / Chancengleichheit / Rentensystem / soziale Marktwirtschaft / Gemeinwohlorientierung

Sicherheit und Stabilität / Frieden im Inneren, friedliches Miteinander / wenig Kriminalität

Gesundheitssystem gut oder hinreichend gut / alle sind Krankenversichert

Gute Bildung / Vielfalt im Bildungssystem / Bildungschancen für alle / kostenlose Bildung

Vielfalt / Toleranz, (Welt)Offenheit (mit regionalen Einschränkungen) / multikulturelle Gesellschaft / gute Unterstützung für Flüchtlinge und Integration / relativ wenig Nationalismus / Mitglied der EU

Mentalität: Verlässlichkeit und Pünktlichkeit / Ordnung und Sauberkeit / Disziplin, Fleiß. Arbeitsmoral

Umweltpolitik / Umweltbewusstsein / gute Umweltsituation / Energiewende / "Mülltrennung", Abfallwirtschaft / Umwelt- und Tierschutz / ökologische Landwirtschaft

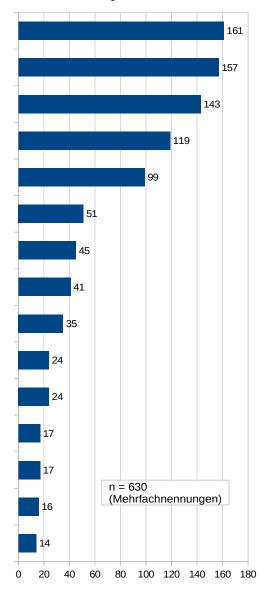
Relativ gute Gleichberechtigung Mann/Frau / Anerkennung aller Menschen / Schutz von Minderheiten

Schöne Landschaft / Natur / das (gemäßigte) Klima

Sauberkeit und gute Hygiene / hohe Lebensmittelqualität, Nahrungsmittelsicherheit

Gute Infrastruktur allgemein / funktionierende Verwaltung und Behörden

Technischer Fortschritt und Verfügbarkeit von Technologien / Innovationen / Forschung und wissenschaftlicher Stand / Know How



Sonstige positive Aspekte [weniger als 5 Nennungen]:

Kultur, Fokus auf Kultur, Geschichte, Kulturgeschichte, Geschichtsbewusstsein, die Menschen, Hartz IV, Bier, Schulpflicht, Recht auf Asyl, Förderung von Kunst und Kultur, Dezentralismus, Schutz der Familie, Zusammenhalt im ländlichen Raum, schöne Architektur, christliches Land, Aufbruch der Jugend, "Rezo", Selbstreflexion (auch in Bezug auf NS-Vergangenheit), Privateigentum geschützt, im Ausland angesehen, Raumordnung

20) Negative Aspekte (Stichworte):

20) Was ist für Sie ganz allgemein positiv an Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern - und was negativ?

Negative Aspekte - durch Autor zusammengefasste Gesamtzahl der Nennungen

Organisatorisch-gesellschaftliche Ebene: Überregulierung / Bürokratie / zu starkes Sicherheitsdenken / Ängstlichkeit, Perfektionsmus / schwer verständliche, komplizierte Regelungen / skeptische, pessimistische Mentalität / Unflexibelität / Übergenauigkeit / Verlustangst / (vorauseilender) Gehorsam / Trädheit. Stagnation

Politische Entwicklung nach rechts, Rechtspopulismus / Rechtsradikalismus, rechte Gewalt / Rassismus / Menschen- und Ausländerfeindlichkeit / Xenophobie / Nationalismus / Anti-Pluralismus / Diskriminierung von Minderheiten (auch Homosexuellen), Antisemitismus

Allgemeine Unzufriedenheit mit Politik / zu viel Lobbyeinfluß, Nähe von Wirtschaft und Politik / Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg, Intransparenz / politische Korruption / Hinterzimmerpolitik / Stagnation und Untätigkeit / Politikverdrossenheit und schlechte Parteien / "Brot und Spiele" / Populismus

Soziale ungerechtigkeit ("Schere zwischen Arm und Reich"), Spaltung der Gesellschaft / Armut / Sozialabbau und unsoziale Politik (ALG 2) / soziale Kälte / Chancenungleichheit in der Bildung / niedrige Renten

Schlechte Umweltpolitik, langsame Fortschritte oder Untätigkeit im Bereich Nachhaltigkeit, Umweltschutz, erneuerbaren Energien, Klimapolitik / Ignoranz gegenüber der Umwelt und der Natur / Umweltverschmutzung, Müllberge / industrielle Landwirtschaft (wenig Wertschätzung für Lebensmittel) / Massentierhaltung / zu viel Verkehr, Verkehrslärm / zu viele Autos / falsche Verkehrspolitik (kein Tempolimit) Entsolidarisierung in der Gesellschaft und zwischen Menschen untereinander / Vereinzelung / Egoismus und Verantstutzung der Gesellschaft und zwischen Menschen untereinander / Vereinzelung / Egoismus und Verantstutzung der Jesephilogische (Arbeitschedigungen in einigen Pranchen) / Jesephilogische Verbalten von der Vereinzelung / Egoismus und Verantschuselung von der Vereinzelung von der Vereinzel

Entsolidarisierung in der Gesellschaft und zwischen Menschen untereinander / Vereinzelung / Egoismus und Verantwortungslosigkeit / neoliberaler Umbau der Gesellschaft (auch schlechte Arbeitsbedingungen in einigen Branchen) / Leistungsdruck und Konkurrenzdenken / Ellenbogengesellschaft und Aggressivität / Erfolgsdenken, zu viel Ehrgeiz (dadurch viel Stress, Hektik)

Charakter: Engstirnigkeit / Überkorrektheit / Pedanterie / negatives Denken / "Beamtentum" / wenig "entspannt" / Angst vor Veränderungen / Pessimismus / Jammern, sich beschweren / zu hohe Ansprüche stellen / Suche nach Sündenböcken / Technokratie

Kapitalismus, "Turbokapitalismus", Neoliberalismus / reine Arbeits- und Karriereorientierung / Leistungsgesellschaft / zu viel Macht für die Wirtschaft / Wirtschaftswachstum über alles / Konsumgesellschaft, Materialismus, Überkonsum / Streben nach Statussymbolen

Zu viel Sozialstaat, Sozialabgaben zu hoch / "Sozialschmarotzer" / Jammern auf hohem Niveau / wenig Disziplin / Sozialneid

Bildungssystem / Schulen, staatliches Schulsystem / zu wenige Geld für Bildung / nachlassende Qualität der Bildung / staatliches Schulsystem / schlechte politische Bildung

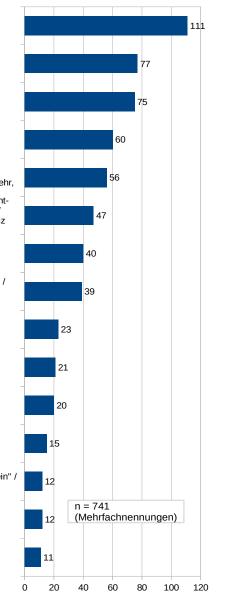
Flüchtlingspolitik / "unkontrollierte", "ungeordnete" Einwanderung / zu viele Ausländer / zu viel "Multikulti" / schlechte Verteilung von Einwanderern / "man darf nichts gegen Einwanderung sagen"

Räumliche Ungleichverteilung von Wohlstand und Ressourcen / Vernachlässigung ländlicher Räume / Gefälle Ost-West / ungleiche Machtverhältnisse Stadt-Land

Pluralismus, westliche Werte / liberale Erziehung (zu stark bestimmt von Idealisten) / zu wenig "Nationalbewusstsein" / "politische Korrektheit" / Erinnerungskultur

Arroganz, Besserwisserei / Überheblichkeit gegenüber anderen Ländern oder Kulturen (und Ausbeutung anderer Länder)

Schlechtes, ungerechtes Steuersystem / Steuerhinterziehung / Steuergeldverschwendung / zu hohe Steuern



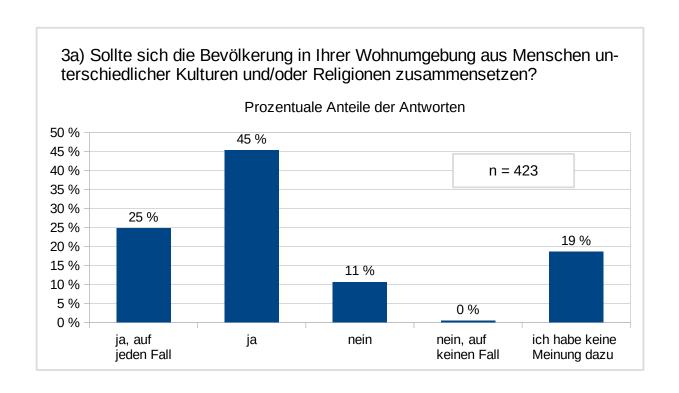


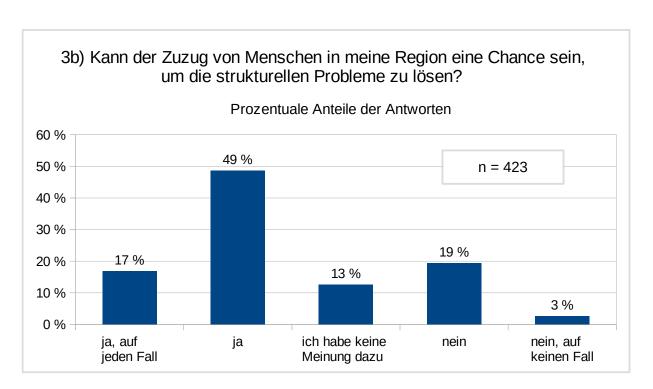
Sonstige negative Aspekte [1-3 Nennungen]:

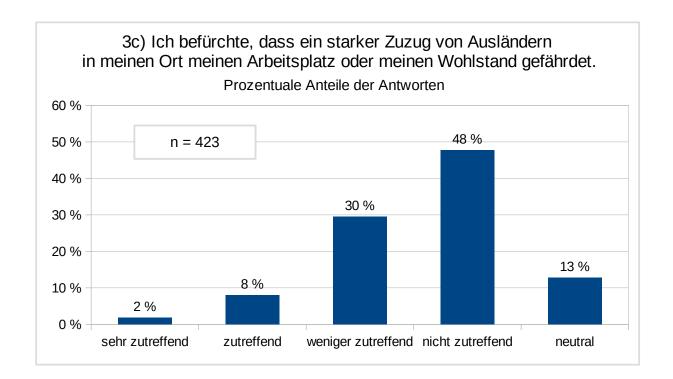
Kirche, Arbeitslosigkeit, Militarismus, Drogenpolitik, Kleinstaaterei (v.a. im Bildungssystem), Schlechtes Klima/Wetter, Schulpflicht, keine Würdigung der Alten, zu Viel Macht der Kirchen, Nähe zum Staat, Obrigkeitshörigkeit, Verstädterung, schlechte Verwaltung, Hedonismus, kalte Progression, Überwachungsstaat, Überalterung, Verlust christlicher Werte, Überbevölkerung, komplexes Leben, Technikglaube, wenig kinderfreundlich, schlechte Planung, Ignoranz gegenüber wissenschaftlicher Tatsachen/Fakten, einseitige Allmacht des Staates über Familienförderung, zu viel Umweltpolitik auf Kosten der Industrie

3 Auswertung Abschnitt 3: Wohnen und kulturelle Vielfalt

In diesem Abschnitt geht es um Ihre Ansichten zum Thema Wohnen im Zusammenhang mit kultureller Vielfalt der Bevölkerung vor Ort. Bitte wählen Sie aus:







3d) Wie stellen Sie sich vor, wie ein Zusammenleben von deutschen und Ausländern allgemein sinnvoll organisiert werden kann?

3d) Wie stellen Sie sich vor, wie ein Zusammenleben von deutschen und Ausländern allgemein sinnvoll organisiert werden kann? Durch Autor zusammengefasste Gesamtzahl der Nennungen

Sich gegenseitig kennenlernen / Teilhabe / mehr Begegnungssätten und Orte zum Zusammentreffen und der Nachbarschaft / Veranstaltungen / Integration in Vereine (auch Sportvereine) / (kultureller) Austausch und gemeinsame Aktivitäten / gemeinsame familiäre Strukturen / Patenschaften, Migrationsbeauftragte / Diskussionen und Gespräche oder Filmvorführungen (auch über Kulturen und Differenzen) / gemeinsame Feste feiern aus allen Kulturen

Beidseitige Integration - von deutscher und Seite der Ausländer gleichermaßen / von einander lernen, auf einander zugehen / Ängste abbauen und gute Kommunikation / Aufklärung über unterschiedliche Kulturen / Partizipationsmöglichkeiten schaffen / Bevölkerung und Zivilgesellschaft insgesamt mit einbeziehen

Schnell die Sprache/Deutsch Lernen / Tandem- und Sprachprogramme / sich verständigen können besonders wichtig

Integration ganz allgemein / viele Integrationskurse und Angebote / Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Möglichkeit für Ausländer, der gelernten Arbeit nachzugehen / Hilfe bei der Integration

Ausländer sollen sich durchmischt und räumlich dezentral verteilen bzw. verteilt werden / nicht an die unattraktiven Ränder der Städte oder abgelegenen Regionen drängen, keine "Kasemierung" / gemeinsam mit "einheimischer Bevölkrung" leben, auch im Bildungssystem; Mehrgenerationenhäusern usw. / Verhinderung der Entstehung von Gettos und "Parallelgesellschaften" / demographisch ausgeglichene Zusammensetzung der Zuwanderer bzw. Bevölkerung

Toleranz, Respekt und Wertschätzung allen Menschen gegenüber / gegenseitige Anerkennung und Achtung gegenüber der jeweils anderen Kultur/Religion (herausarbeiten gemeinsamer Werte) / offen ausländerfreundliche Gesellschaft und Politik / Willkommenskultur / Gleichberechtigung aller

Assimilierung / Anpassung an, Übernahme von hiesigen ("christlichen") Werten und oder der Kultur / strenge Bedingungen für Einwanderer, Akzeptanz der Gesetze und Regeln / "Ich würde mich auch anpassen, wenn ich woanders hin auswandern würde" / Forderung nach Leitkultur

Arbeit besonders wichtig für schnelle Integration / sofortige Arbeitserlaubnis für Zugezogene / Praktika als Integrationsinstrument

Klare Regeln für Einwanderer / stärkere Kontrolle, Überwachung der Integrationsanstrengungen / verpflichtende Maßnahmen wie Integrationsmaßnahmen, Deutschkurse / Sanktionen bei Nichtteilnahme / keine Aufnahme in die bzw. Belastung der Sozialsysteme / kein Aufenthaltsrecht ohne Arbeit / Auch: Begrenzung der Zuwanderung oder Abschiebung bei Nichtintegration

Bildungschancen allen garantieren / Bildungseinrichtungen vorbereiten auf veränderte Anforderungen

Bessere, offensive Einbürgerungspolitik / weniger bürokratische und schnellere Einbürgerung / Politik der Toleranz - auch in Abgrenzug zu "Rechts" / begleitende Sozialarbeit und Sozialpolitik (auch bezahlbare Mieten)

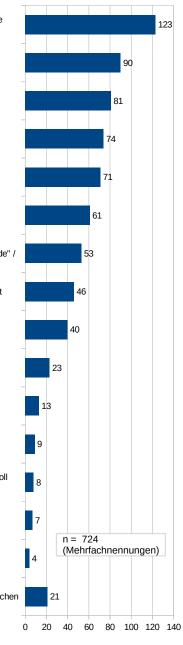
Mit demokatischen, transparenten Strukturen / Regelung durch Einwanderungsgesetz / Einhaltung von Gesetzen, Agieren auf der Grundlage des Grundgesetzes

Keine speziellen Maßnahmen erforderlich / alle sollen gleich behandelt werden / Zweifel daran, ob eine Lenkung überhaupt sinnvoll ist

 $\label{thm:continuous} \textbf{Zusammenleben explizit nicht erwünscht, nicht m\"{o}glich \textit{/ weniger Zuzug, wenig Ausländer gewünscht}} \\$

Infrastruktur schaffen: Verkehrsinfrastruktur, damit Zuwanderer mobil sind / günstiger Wohnraum

Sehr wenige Nennungen (1-3): Etwas anderes / günstiger Wohnraum bereitstellen / weniger Rassismus von deutscher Seite / bessere Steuerung, wer genau kommen darf / es kommt auf die Haltung der Menschen an / behutsames Vorgehen / Fluchtursachen bekämpfen (Wirtschaftssystem) / gleiche Rechte für alle / die "Schwachen" nicht gegen die "Ausländer" ausspielen



4 Auswertung Abschnitt 4: Ansiedlung von Menschen von außerhalb in ländlichen Regionen

4a) Stellen Sie sich das folgende Szenario vor:

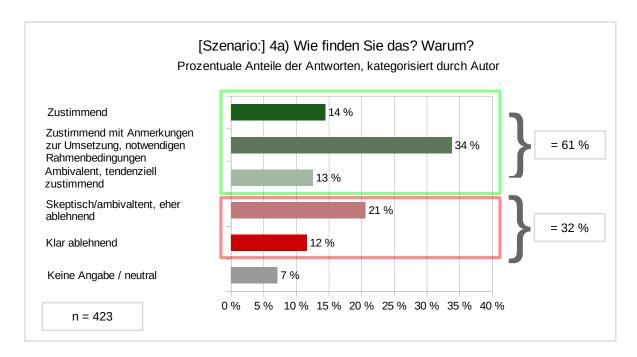
Dorf A und Kleinstadt B haben durch Abwanderung in den letzten 30 Jahren viele Einwohner verloren. Die Bevölkerungszahl von Dorf A ist von 600 auf 380 gesunken und von Kleinstadt B von 5000 auf 2900. Es gibt kaum Arbeit und in Dorf A nicht einmal mehr Läden, geschweige denn eine Schule oder einen Kindergarten.

Um das Problem zu lösen, setzt die Regierung ein Programm auf, um das Sterben von Dörfern und Kleinstädten zu verhindern: Im Rahmen dieses Programms werden Einwanderer aus dem Ausland gezielt an diesen Orten angesiedelt. Und zwar nicht nur aus einem Land, sondern bunt gemischt, aus mehreren Herkunftsländern, damit keine Ghettos entstehen.

4a) Wie finden Sie das? Warum?

Der Autor hat mit einer Textanalyse die Antworten der Frage 4a) hermeneutisch ausgewertet und in sechs Kategorien unterteilt. Es folgt eine prozentuale Aufschlüsselung dieser Haltungen und dann eine inhaltliche Zusammenfassung der verschiedenen Antwortgruppen:

1. "Zustimmend", 2. "Zustimmend mit Anmerkungen/Ideen zur Umsetzung / notwendigen Rahmenbedingungen" 3. "Ambivalent, in der Tendenz zustimmend", 4. "Skeptisch-Ambivalent, eher ablehnend", 5. "Klar ablehnend", 6. "Keine Angabe / neutral"



Es zeigt sich, dass die Gruppe derer, die dem genannten Szenario für politische Maßnahmen grundsätzlich zustimmend gegenüber stehen, mit 61% deutlich größer ist, als die Gruppe, die solchen Maßnahmen eher ablehnend begegnen (32%). Das Spektrum innerhalb dieser beiden Gruppen, ist allerdings jeweils recht groß und auch die Interpretation, ob eine Antwort etwa "ambivalent zustimmend" oder "ambivalent ablehnend" ist, konnte in der Auswertung in einigen Fällen nicht ganz trennscharf erfolgen. Dennoch zeigt sich unterm Stich ein deutlich positives Gesamtbild im Sinne der gestellten Frage.

Es folgen die inhaltlich-qualitativen Zusammenfassungen der vom Autor kategorisierten fünf Antwortkategorien (ohne "Keine Angabe / neutral"):

Gruppe 1: Zustimmend (14%)

Generelle Zustimmung zu dem vom Autor vorgeschlagenen Fördermechanismen und der Ansiedlung von Ausländern auf dem Land bzw. in abgelegenen Räumen ganz allgemein. Solche Konzepte seien im Sinne dieser Regionen und würden neue kulturelle Impulse und neues Wissen hier hinein tragen. Eine neue Vielfalt könne so entstehen und die gewachsenen Strukturen würden belebt oder aufgelockert. Die Gesellschaft werde damit weltoffener und der Horizont der Menschen würde erweitert. Trotz möglicher aufkommender Probleme sei dies langfristig die beste Lösung und in der Folge könne eine bessere Gesellschaft entstehen.

Viele Orte würden einfach aussterben, wenn man nicht zu solchen Mitteln greife, es gebe keine echten Alternativen dazu. Vorteilhaft sei so etwas für alle Beteiligten, da zu erwarten sei, dass hier neue Arbeitsplätze und Infrastruktur entstehen würde. In anderen Ländern wie den USA, der Schweiz oder Kanada funktioniere eine starke, gelenkte Zuwanderung ja auch.

Das Credo lautet grob zusammengefasst, das Ganze sei als Chance und nicht als Risiko zu begreifen, welche die Gesellschaft und das Land insgesamt voranbringe. Einige betonen zudem ausdrücklich, alle Menschen seien gleich – ungeachtet der Herkunft oder der Staatsbürgerschaft.

Gruppe 2: Zustimmend mit Anmerkungen/Ideen zur Umsetzung / notwendigen Rahmenbedingungen (34%)

Diese Gruppe stimmt dem Szenario in den genannten Räumen im Grundsatz zu, äußert aber verschiedene Aspekte unter welchen Umständen sie glauben, dass die vorgeschlagene Ansiedlung funktionieren kann, und unter welchen Bedingungen nicht. Sie stimmen also nicht pauschal solchen Maßnahmen zu, sondern vertreten die Auffassung, flankierend müsse die eine oder andere Maßnahme ergriffen werden, um ein gemeinsames Leben von Einheimischen und neu angesiedelten Menschen in ländlichen und abgelegenen Räumen zu ermöglichen.

Wichtig seien auch Anreizsysteme, wobei einige Befragte explizit sagen, es sollten keine Zwangssysteme eingeführt, sondern lediglich positive Anreize gesetzt werden. Begleitend sei besonders wichtig, dass Arbeitsplätze und Infrastruktur (Verkehr, Bildungseinrich-

tungen, Wohnraum, Freizeiteinrichtungen, Ärzte usw.) in den entsprechenden Regionen entstünden oder verbessert würden. Sinnvolle Fördermaßnahmen könnten etwa Anreize für Ärzte sein, aufs Land zu ziehen.

Als wichtig wird von vielen Befragten dieser Gruppe die Partizipation der einheimischen Bevölkerung gesehen und aktive Integrationsmaßnahmen von Vornherein flankierend zur Ansiedlung. Eine gute und transparente Kommunikation sowie Feingefühl und demokratische Legitimation seien für die Akzeptanz wichtig. Die Einwohner sollten v.a. nicht alleine gelassen werden mit solcherlei Maßnahmen. Einige finden, die Orte in denen die Ansiedlung von Einwanderern gefördert werden würde, sollten in einem transparenten Prozess mehrheitlich dafür stimmen, bevor es zu solchen Maßnahmen komme. In dem Sinne sei ein behutsames, demokratisches und schrittweises Vorgehen angezeigt, von dem, wenn möglich, auch die bereits vor Ort einheimische Bevölkerung profitiert – etwa durch Fördergelder.

Einige finden in diesem Zusammenhang wichtig, dass gewachsene Strukturen vor Ort nicht zerstören würden. Zudem sollten spezielle Einrichtungen und Veranstaltungen für ein Zusammenkommen geschaffen oder ausgebaut werden. Daneben werden Mediation und kulturelle Angebote angeregt, damit sich alle betroffenen Gruppen besser kennenlernen könnten.

Wie auch in den anderen Antwortgruppen, finden sich unterschiedliche Meinungen dazu, wie Integration vonstatten gehen sollte. Restriktiv eingeforderte Integrationsleistungen werden in dieser Gruppe nur von wenigen gefordert. Es wird eher eine erwünschte Offenheit des Systems gegenüber Einwanderern hervorgehoben. Einige ergänzen, zumindest ein gewisser Wertekanon sollte gemeinsam abgesteckt werden und es gelte dadurch etwa, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern. Auch sind sich die meisten in dieser Gruppe einig, dass Gettobildungen verhindert werden sollten und eine gezielte ethnische Durchmischung der Bevölkerung zielführend sei. Die Familien von Zuwanderern sollten zudem einwandern können, um intakte Familienstrukturen zu ermöglichen. Die Stimmen für eine multikulturelle Gesellschaft überwiegen in dieser Gruppe insgesamt deutlich, wobei auch hier einige finden, man müsse die Ausländer die kommen besser selektieren (vor allem nach Qualifikation, nach Religion oder Herkunft). Es wird auch von einigen angemerkt, dass der Rechtsextremismus in diesen Regionen ein Problem sei – insbesondere natürlich für Einwanderer aus dem Ausland.

Insgesamt ist die überwiegende Zahl der Befragten dieser Gruppe aufgeschlossen gegenüber staatlicher Lenkung, wenn es etwa um Ansiedlungs- oder Integrationsmaßnahmen geht. Es müsse viel Geld investiert werden.

Zum Teil wird hervorgehoben, dass Maßnahmen notwendig sind, wie eine generelle Arbeitserlaubnis für Ausländer ab Zeitpunkt der Ankunft in Deutschland; oder aber die staatliche Förderung für die Ansiedlung von Betrieben vor Ort.

Es dürfe die Infrastruktur (soziale Infrastruktur wie Schulen und andere Bildungseinrichtungen, ärztliche Versorgung) aber nicht überfordert werden und es müsse eine Integrationsbereitschaft vorhanden sein. Parallel sollten auch Möglichkeit der Rückkehr für abge-

wanderte deutsche Staatsbürger aus solchen Regionen geschaffen werden.

Insgesamt sollten die Maßnahmen der jeweiligen Region selbst auch tatsächlich nutzen und sie nicht nur zusätzlich belasten.

Gerade in ländlichen Regionen, in denen viele Leute Vorurteile hätten, werden z.T. Komplikationen und Widerstand aus der Bevölkerung vor Ort erwartet. Dem sollte man mit effektiven Maßnahmen entgegnen.

Grundsätzlich solle auch die soziale Gerechtigkeit bei allen Maßnahmen im Vordergrund stehen. Es solle etwa keine Bevorzugung von Zugezogenen gegenüber bereits dort lebender Bevölkerung geben – auch im Sinne der Akzeptanz für solche Maßnahmen. Niemand dürfe gegeneinander ausgespielt werden.

Das vorgeschlagene Szenario wird von vielen der Gruppe 2 als Chance im Lichte des demographischen Wandels und des Bevölkerungsrückgangs gesehen. Auch die Probleme der Städte wie hohe Mieten würden durch solche Maßnahmen abgemildert.

Gruppe 3: Ambivalent, in der Tendenz zustimmend (13%)

Diese Gruppe zeigt sich verhalten zustimmend, formuliert aber klare Bedenken in Bezug auf die Umsetzung einer Ansiedlungsförderung für Einwanderer. In dieser Gruppe bestehen sehr viele unterschiedliche Meinungen, wobei der Unterton nicht sehr optimistisch oder gar euphorisch ist.

Häufig wird angemerkt, solche Maßnahmen reichten unterm Strich nicht aus für die ländlichen und peripheren Räume, es seien mindestens weitere flankierende Programme zur Aufwertung der Räume notwendig, damit solche Konzepte erfolgreich sein könnten. Ohne Arbeitsplätze und die integrative Wirkung von Arbeit, etwa gebe es auch keine Chance für eine positive Entwicklung in diesen Orten. Die Bedingungen auf dem Land derzeit seien schlechte Voraussetzungen für Zuwanderer, weil Landflucht nur Alte, Ärmere und weniger Gebildete zurückgelassen habe. In dem Zusammenhang werden Zweifel geäußert, ob kleine Dörfer überhaupt in der Lage wären, Integration zu leisten.

Wie auch bei der Gruppe 2 wird in Gruppe 3 betont, das alles sei nur dann erfolgsversprechend, wenn auch alle Beteiligten von vornherein einbezogen werden und keine Maßnahmen von außen "übergestülpt" würden. Zweifel wird geäußert, wenn es um eine möglicherweise nicht hinreichende Flexibilität und einen guten Willen der ländlichen Bevölkerung für solche Maßnahmen geht; einige warnen vor möglichen Konflikten und einer eventuell entstehenden "explosiven Mischung". Es bestehen Zweifel daran, ob das Zusammenleben mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Kulturen sich harmonisch vollzieht. Größere Zweifel bestehen bei einigen der Befragten dieser Gruppe hierbei bezüglich Menschen aus muslimischen Kulturkreisen. Eine Minderheit der Gruppe 3 stellt Forderungen nach Assimilierung und äußert Zweifel an der Integrationsfähigkeit aller Einwanderer. In diesem Zusammenhang besteht die Angst vor Gettobildung, bei der nicht klar sei, ob eine solche gänzlich verhindert werden könne. Man spricht sich in diesem Sinne für eine gleichmäßigere geographische Verteilung von Einwanderern aus.

Andere glauben, dass im Dorf aufgrund der kleinmaßstäbigen Strukturen ohnehin jeder integriert werde. Bedenken werden geäußert bezüglich einer zu starken Veränderung der

dörflichen-ländlichen Kultur.

Man spricht sich in der Gruppe 3 der generellen Skepsis zum Trotz auch für mehr Bildung und integrative Maßnahmen für die deutsche Bevölkerung aus, wenn es um die Einwanderungsgesellschaft geht. Eine intensive Kommunikation zwischen allen Akteuren und Menschen vor Ort sei essentiell wichtig.

Einige in Gruppe 3 fordern, demographische Prozesse sollten "natürlich" verlaufen, aber nicht gelenkt. Andere zweifeln daran, ob von Schrumpfung und demographischem Wandel betroffene Dörfer überhaupt "gerettet" werden sollten. Einwanderer sollten, wenn, dann doch eine freie Wahl des Wohnorts haben. Sie wollten möglicherweise ohnehin lieber in die Städte ziehen, was für sie gegenüber dem Leben auf dem Land viele Vorteile biete.

Gruppe 4: Skeptisch-Ambivalent, eher ablehnend (21%)

Diese Gruppe von Befragten, positioniert sich nicht gänzlich ablehnend gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen eingestellt, aber sie sind wenig begeistert und heben vor allem die möglichen Nachteile und Risiken hervor.

Die Argumente sind auch hier breit gestreut. Es wird etwa moniert, die Probleme der Abwanderung würden durch derlei Maßnahmen nicht beseitigt. Ebenso wie in Gruppe 5 derjenigen, die das alles grundsätzlich ablehnen, ist auch bei der Gruppe 4 die Befürchtung vorhanden, dass die eigene, "deutsche" Identität verloren gehen könnte und oder dass sie sich auf einmal "als Deutsche" in einer Minderheit wiederfinden könnten. In diesem Zusammenhang spielt bei einigen, wie bei den anderen Antwortgruppen, die Angst vor einer Gettobildung eine Rolle.

Einige aus Gruppe 4 stellen die Frage, weshalb überhaupt Menschen aus dem Ausland ins Land geholt werden sollten. Es reiche doch aus, in ländlichen Gebieten zu investieren, so dass Deutsche in diese Räume ziehen wollten. Es müssten ohnehin zunächst einmal Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden und die strukturellen Problem müssten gelöst werden (wenig Arbeit, keine Einkaufmöglichkeiten, keine Schulen usw.).

Viele Befragte der Gruppe 4 empfinden die im Fragebogen unterbreiteten Vorschläge als Experiment ohne Garantie, erfolgversprechend zu sein. Einige meinen ergänzend, nur wenn Zuzug langsam und gleichmäßig stattfinde, könne so etwas überhaupt funktionieren. Wenn solche Konzepte von der Bevölkerung nicht mitgetragen würden, werde es nicht funktionieren. Auch werden Bedenken vorgebracht, dass Konflikte aufkommen könnten oder es wird darauf verwiesen, persönlich schlechte Erfahrungen mit Einwanderern gemacht zu haben.

In der Gruppe 4 besteht bei einigen die Skepsis gegenüber staatlicher Lenkung im Allgemeinen. Es sei nicht gut, wenn Entwicklungen "von oben" verordnet würden. Insbesondere eine Ansiedlungspolitik ohne die Einbeziehung der vor Ort lebenden, einheimischen Menschen sei nicht zielführend. Ohne Berücksichtigung der Herkunft, Menschen umzusiedeln sei weder gesellschaftlich, noch wirtschaftlich sinnvoll, ohne vorher zumindest eine "Prüfung" durchgeführt zu haben. Kritik wird auch geäußert an einer vermeintlichen Bevormundung oder einer "Niederlassungspflicht"1. Eine Steuerbarkeit sei unmöglich. Der

Versuch der Steuerung könne zu negativen, schwer kalkulierbar Effekte haben.

Flüchtlinge hätten bisher ohnehin die ländlichen/peripheren Räume zum Teil wieder verlassen, weil die vorhandene Infrastruktur für sie zu schlecht gewesen sei. Die meisten Einwanderer wollten ja ohnehin in die Städte und nicht aufs Land. Weshalb also sollten sie ausgerechnet dahin ziehen wollen, wo kein Deutscher wohnen möchte? Die Abwanderung sei bereits zu weit fortgeschritten, so dass das vorgeschlagene Szenario als eher unrealistisch angesehen wird.

Es werden auch Zweifel daran geäußert, ob zu viele unterschiedliche Kulturen in einem Raum Angst ohne Konflikte leben können. Ein Miteinander könne nicht erzwungen werden. Ausländer würden von Dorfbewohnern eventuell als "Fremdkörper" wahrgenommen.

Trotz der tendenziellen Ablehnung werden von einigen der Gruppe 4 Bedenken geäußert, die zumindest indirekt zeigen, dass man bereit wäre, unter bestimmten Umständen eine Ansiedlung zu akzeptieren.

Weitere kritischen Anmerkungen sind die Folgenden:

- Einige ländliche Regionen wachsen ökonomisch und demographisch, da würden die vorgeschlagenen Maßnahmen keinen Sinn ergeben.
- Demographische Aspekte der Zusammensetzung der Bevölkerung müssten Berücksichtigung finden. Es sei auf jeden Fall zu vermeiden, dass im Rahmen der Einwanderung ausschließlich junge Männer kämen.
- Besonders kritisch äußert man sich bezüglich kultureller Differenzen etwa in Bezug auf Geschlechterrollen und Sexismus.
- Eine Gezielte Ansiedlung für Institutionen in den entsprechenden Räumen sei hilfreich oder flankierten notwendig.
- Übernahme von Leerstand und Sanierung in Eigenregie: Dies sei nicht vereinbar mit dem Baurecht und den Vorgaben von Landkreisen zur Dorferneuerung.
- Eine solche vorgeschlagene Entwicklung sollte wenn, dann nur sehr langsam vonstatten gehen.

Gruppe 5: Klar ablehnend (12%)

Die vorgeschlagene Ansiedlung von Ausländern in ländlichen und abgelegenen Regionen Deutschlands wird in dieser Gruppe der Befragten abgelehnt, wird allerdings nur in sehr wenigen Fällen offen ausländerfeindlich oder rassistisch begründet. Viele Kommentare laufen darauf hinaus, so ein Programm könne nicht funktionieren, denn es gebe ohnehin keine Arbeit und notwendige Infrastruktur vor Ort. Auch die Landflucht könne auf diese Art und Weise nicht aufgehalten werden. Stattdessen solle man lieber den Fokus darauf legen, die Gründe für Abwanderung zu bekämpfen. In diesem Sinne sei wenn dann nur eine Ansiedlung von Einwanderern in Städten sinnvoll.

Einige Befragte dieser Gruppe monieren, dass durch einen starken Zuzug, insbesondere

von Menschen anderer Kulturkreise und Religionen sowohl "Heimat", als auch Identität und Dörflichkeit verloren gingen. Für viele von dieser Gruppe der "klar Ablehnenden" steht die Angst vor einer "Überfremdung", einer ethnischen Vermischung der Bevölkerung – oder als "Deutsche" in eine Minderheitenrolle zu geraten im Vordergrund. Zudem würden zwangsläufig Gettos entstehen. Auch seien große Konflikte vorprogrammiert und die Orte würden sich durch Zuzug noch schlechter entwickeln. Die kulturellen Unterschiede seien einfach zu groß ("'Multikulti' hat noch nie funktioniert"). Die bereits dort lebende Bevölkerung vor Ort werde sich auch nicht auf so etwas einlassen.

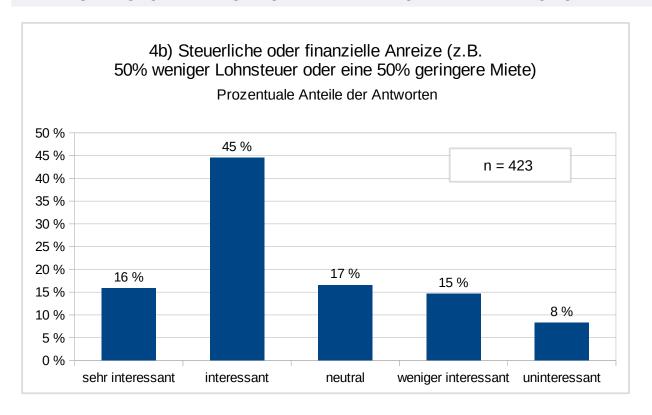
Für wieder andere basiert die Ablehnung auf einer (neo-)liberalen Haltung und einer generellen Skepsis gegenüber staatlicher Lenkung. Von diesen Menschen heißt es sinngemäß, die Orte sollten "organisch" wachsen und schrumpfen, auch wenn einige Orte dadurch langfristig aussterben sollten.

Einige Kommentare dieser Gruppe 5 sind in ihrer Wortwahl wenig diplomatisch ("Unsinn", "Wunschdenken", "Sehr gefährlich", "Katastrophal", "Feuer ins Öl gießen"), wobei diese eine Minderheit darstellen.

Die folgenden Fragen beziehen sich auf konkrete Anreize, die im Fragebogen vorgeschlagen wurden, um die Ansiedlung von Einwanderern in entlegenen und ländlichen Räumen zu fördern.

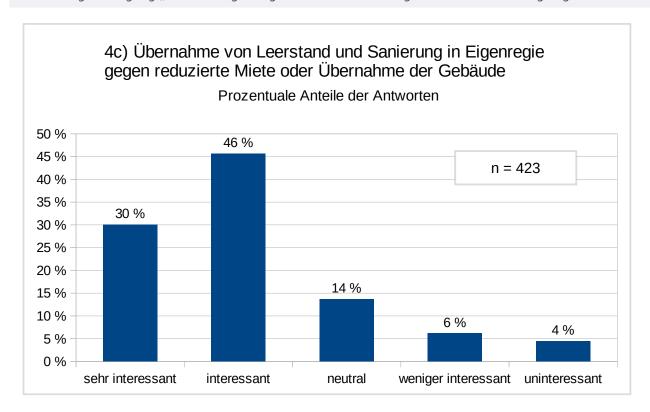
4b) Steuerliche oder andere finanzielle Anreize (z.B. 50% weniger Lohnsteuer oder eine 50% geringere Miete)

Erläuterung: Einheimische, die in ländliche Räume ziehen oder dort leben bleiben, aber auch hinzugezogene Ausländer, bekommen steuerliche Anreize für diese Wahl des Wohnorts. Eine solche Förderung wäre aus Ihrer Sicht...



4c) Übernahme von Leerstand und Sanierung in Eigenregie gegen reduzierte Miete oder Übernahme der Gebäude

Erläuterung: Der Staat stellt Geld zur Verfügung, damit Deutsche und Ausländer in ländlichen Regionen gemeinsam Gebäude sanieren, um diese stark vergünstigt zu bewohnen. Oder damit sie in ihren gemeinsamen Besitz übergehen.



4d) Weitere mögliche Anreize?

Erläuterung: Können Sie sich weitere Anreize vorstellen, die wirkungsvoll sein könnten, damit wieder Menschen aus Deutschland – und aus anderen Ländern – in ländliche Räume ziehen?

Es folgen vom Autor zusammengefasste Antworten sortiert nach Themenbereichen:

1. Grundversorgung, Bildung, Gesundheit

- → Grund-Infrastruktur muss vorhanden sein oder ausgebaut werden: Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen. Bildung und Angebote vor Ort machen. Moderne Reformpädagogik nicht nur in der Stadt, Schulen verschiedener Formen in kleineren Orten etablieren.
- → Bildungseinrichtungen: Keine kleinen Landschulen mehr schließen bzw. neue eröffnen. Hochschulstandorte in diese Regionen verlegen. Kindergärten und Horte vor Ort kostenfrei anbieten.
- → Medizinische Versorgung vor Ort essentiell wichtig: Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken. Anreize für Ärzte in diese Regionen zu ziehen sinnvoll.
- → Vorhandensein von Einkaufsmöglichkeiten, Kneipen, Geschäften etc. Gegebenenfalls Tante-Emma-Läden mietfrei bereitstellen oder andere Förderung kleiner Einzelhandelsstrukturen/Kleinstgewerbeförderung. Ggf. auch Benachteiligung/Einschränkung von großen Filialunternehmen.

2. Wohnen, Leben und Gesellschaft

- → Reduzierung der Anliegerbeiträge, betroffene Kommunen erhalten höhere Umlagen vom Kreis/Land/Bund. Subventionen für Wohneigentum und staatlichen Wohnungsbau. Günstige und stabile Mieten. Idee: Probewohnen im ländlichen Raum ermöglichen.
- → Modellprojekte für Wohnen bezuschussen. Neue Wohnprojekte anbieten für bestimmte Zielgruppen: Alleinerziehende, Behinderte, Alte. Insgesamt Gemeinsamkeit stärken, gegen Vereinzelung und Vereinsamung; Wohngemeinschaftsprojekte, Mehrgenerationenhäuser, barrierefreies Wohnen. Oder alternative Wohnarten wie z.B. Tiny-House-Siedlungen, Jurten, Mobilheimparks, Bauwagen etc. fördern
- → Bauzwang für leerstehende Bauplätze; Zurverfügungstellung billigen Baugrunds; Zuschüsse für dorfgerechte Sanierungsmaßnahmen; Vereinfachte Baugenehmigungen und oder Vereinfachung von Enteignungen von Besitzern maroder Gebäude (an diesem Punkt gab es aber auch Stimmen, die sich für die Interessen von solchen Hausbesitzern einsetzen).
- → Begegnungsräume schaffen, etwa Räumlichkeiten für Zusammenkünfte, Treffpunkte, Kulturzentren etc. Vielfältige Kultureinrichtungen für alle Ethnien, Religionen und Milieus. Kostenfreie kulturelle Angebote sowie Freizeitaktivitäten oder regelmäßige Dorfgespräche. Fördermittel für kulturelle Einrichtungen und Zentren vor Ort, und oder für Parks.
- → Teilhabe fördern; Zusammenführungsprojekte starten und insgesamt ein diskriminierungsfreies Leben ermöglichen (inklusive einer von einigen geforderten "Entnazifizierung"). Förderung von zivilgesellschaftlichen Prozessen und Aktivitäten. Vorschlag für eine weitere Maßnahme: Erhöhung des Freibetrags im Ehrenamt, damit sich Vereine gründen. Generell: Förderung soll unkompliziert sein.
- → Neue Ansätze des sozioökonomischen Rahmens: Z.B. Bedingungsloses Grundeinkommen oder das Abkoppeln vom Weltmarkt (Forderungen nach utopischen Ansätzen). Sharing-Möglichkeiten von allem was man manchmal braucht und soziale Hilfsnetzwerke.

3. Verkehr

- → Verkehrsinfrastruktur: Anbindung auch peripherer Räume an den ÖPNV Bus, Bahn. Eine insgesamt gut ausgebaute Infrastruktur sei wichtig. Zudem solle das Leben ohne Auto möglich sein ("nicht noch mehr Autos!" – wobei einige auch eine gute KFZ-Pendelbarkeit fordern). Neue Verkehrskonzepte werden angeregt, vor allem ökologischerer Natur; aber auch kostengünstige oder kostenlose Transportmöglichkeiten im ÖPNV.
- → Gemeindebus der die Dorfbewohner in regelmäßigen Abständen in die Stadt fährt oder Ruftaxis einsetzen. Schaffung rechtlicher Öffnungsklauseln um

- genossenschaftlich organisierten Nahverkehr in der Fläche zu betreiben. Ländlichen Verkehr ausbauen: "Bürgerbusse" einführen; Bahnstrecken reaktivieren / Taxen Gutscheinsysteme entwickeln.
- → Bessere Infrastruktur zwischen Dörfern, aber keine zusätzliche Versiegelung durch neue Straßen.

4. Arbeit, Wirtschaft, Landwirtschaft

- → Schaffung von guten Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen und Ansiedlungen von Firmen wichtig (ggf. als Sonderwirtschaftszone). Fördermaßnahmen wie Steuererleichterungen für Firmen vor Ort. Gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, gute Bezahlung, flexible Arbeitszeiten, neue Arbeitsmodelle fördern.
- → Internetdienstleister ansiedeln. Infrastruktur welche dezentrales Arbeiten und Homeoffice ermöglicht: Z.B. schnelle Internetanbindung, gutes Mobilfunknetz und tägliche Postzustellung garantieren. Förderung von Gründungen auch von Start-Ups und auch schon mit geringen Fördergrenzen, um kleine Unternehmen im ländlichen Raum. Einrichtung von Co-Working-Spaces etc.
- → Integration in den Arbeitsmarkt fördern, auch als Integrationsmöglichkeit. Für Einwanderer Bildungsabschlüsse einfach anerkennen und oder Ausbildung und Arbeitsplätze finanziell unterstützen.
- → Lokale Wertschöpfungsketten unterstützen. Etwa Direktvermarktung in der Landwirtschaft fördern – oder auch die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln.
- → Mehr ökologische, regional angepasste, bäuerliche Landwirtschaft und Förderung von kleinen (Bio-)Höfen oder anderen alternativen Projekten.

5. Staatliche Planung

- → Förderbüros, die über alle Fördermöglichkeiten informieren und auch bei bürokratischen Hürden helfen (Hilfe zur Selbsthilfe).
- → Das Image verbessern ("Der ländliche Raum ist nicht schlecht!"): Die Stärken des Dorfes staatlich bewerben. Gemeinsame Ziele definieren, Förderung von regionalen Besonderheiten. Mehr Aufklärung, welche gesundheitlichen Vorteile das Landleben hat (z.B. weniger Stress).
- → Verlagerung von staatlichen Behörden, Einrichtungen, Hochschulen und Ministerien in den ländlichen Raum und in peripheren Räumen, um attraktive/ qualifizierte Abseitsplätze vor Ort zu schaffen.

Kommentar zu Abschnitt 4 und den Vorschlägen für Anreize:

In den Antworten dieses Kommentarfelds wurden viele Aspekte wiederholt, die bereits unter 4d) geäußert wurden. Dazu kommen verschiedene Ideen und Gedanken, die im

Folgenden aufgelistet werden. Es werden hier allerdings nur Punkte aufgeführt, die unter 4d) nicht bereits aufgeführt worden sind. Die Punkte sind vom Autor geordnet in zwei Themengruppen: "1. Verschiedene Ideen und Anmerkungen zur Umsetzung" und "2. Kritische Anmerkungen":

1. Verschiedene Ideen und Anmerkungen zur Umsetzung

- → Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien nicht in allen ländlichen und abgelegenen Regionen möglich und sinnvoll: In Süddeutschland auf dem Land seien etwa keine Maßnahmen notwendig, da sie viel Zuzug gehabt zu verzeichnen hätten. Hier gebe es auch überhaupt keinen Leerstand.
- → Familien auf dem Land hätten in der Regel Platz könnten Ausländer aufnehmen (eventuell gegen Geld). Das würde die Integration fördern.
- → Die Betroffenen selber haben oft die besten Ideen: Plädoyer für frühzeitige Beteiligung der Menschen vor Ort.
- → Allgemeinpolitische Anmerkungen wie die Notwendigkeit der Gesellschaft nach mehr Kindern.
- → Idee: Leerstehende Dörfer entlang kulturell-ethnischer Gruppen umbauen. Z.B. Arabische Dörfer, Russische Dörfer usw.
- → Die soziale Durchmischung in ländlichen, entlegenen Räumen müsse ausgewogen sein, auch höhere soziale Schichten sollten dort leben.
- → Steuerermäßigungen interessiert im Zweifel nur Besserverdiener, dann fehle die soziale Durchmischung.
- → Nicht noch mehr landwirtschaftliche Flächen bebauen.
- → Wenn Regionen gefördert werden, dann bitte im ganzen Bundesgebiet.
- → Förderung auch für "einheimische Bevölkerung", die auch in günstigem Wohnraum auf dem Land leben können solle.
- → Sanierung in Eigenregie: Einschränkung von Baunormen zweifelhaft. Andere wiederum finden, es gebe zu viel Bürokratie bei Bauvorschriften.
- → Reduzierte Mieten ggf. als Anreiz nicht zielführend, da Mieten ohnehin schon sehr gering seien in ländlichen/abgelegenen Gebieten.
- → Bei Fördergeldern darauf achten, dass kein Missbrauch stattfindet, bzw. keine Zweckentfremdung von Mitteln.

2. Kritische Anmerkungen

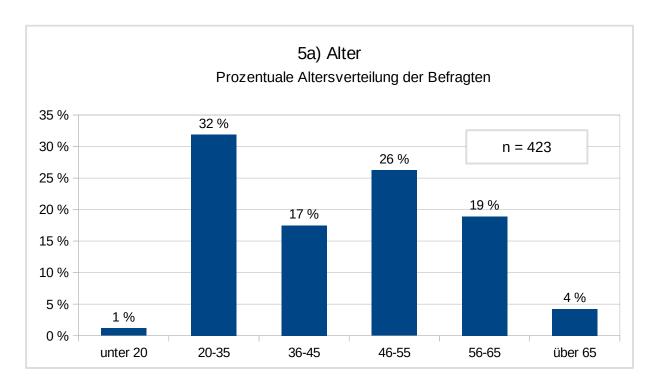
- → Das Leben in den Zielregionen werde trotz Förderung nicht so attraktiv wie Leben in der Stadt.
- → Generelle Beschwerde über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Deutschland
- → Unabhängig von der Frage der Einwanderung sollten diese Räume "gerettet"

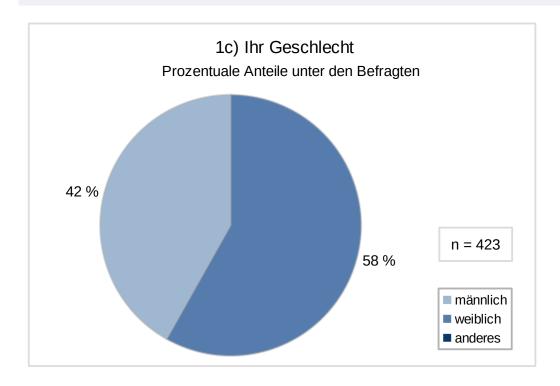
werden.

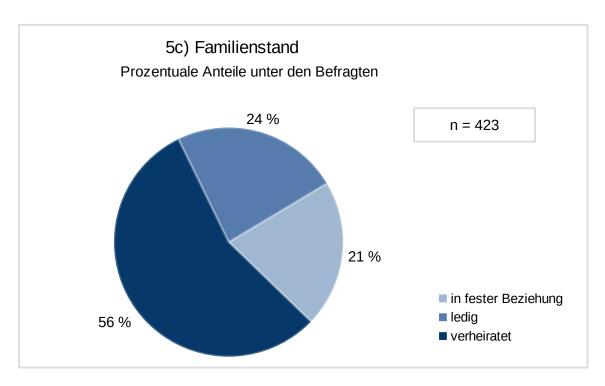
- → Die fehlende Handarbeiten in der Schule führe dazu, dass Menschen keine Eigensanierung mehr leisten könnten.
- → Fördermechanismus Steueranreize: Zu hoher bürokratischer Aufwand. Ungleichbehandlung durch steuerliche Anreize – Frage, ob diese verfassungsgemäß wären.
- → Die Politik habe bisher nicht einmal die Bedeutung der Mobilfunknetze für den ländlichen Raum begriffen. Dies schwäche diese Räume.
- → Problem für die Umsetzung: Das Denken in 4-Jahres-Zyklen im politischen System. Eine gute Politik müsse aber langfristig angelegt und tragfähig sein. Neue Strategien suchen, wie man das ermöglichen Könnte.

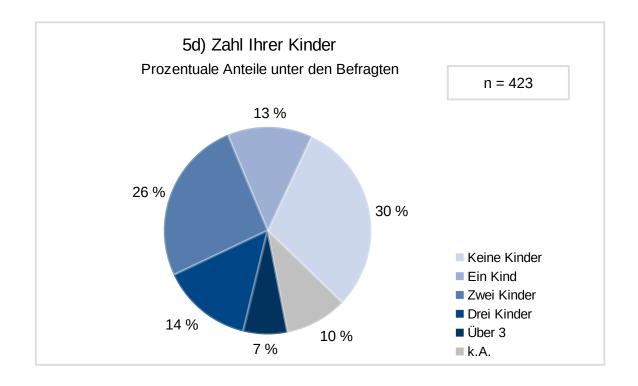
5 Auswertung Abschnitt 5: Informationen zu Ihrer Person

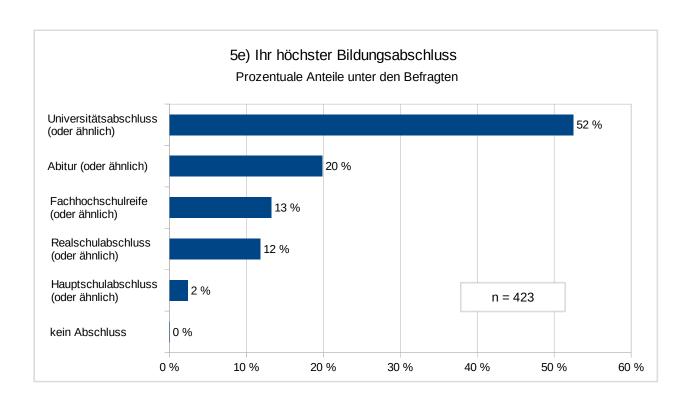
Im Folgenden persönliche Informationen zu den Befragten als Hintergrundinformation und einer besseren Interpretierbarkeit der oben aufgeführten Ergebnisse.

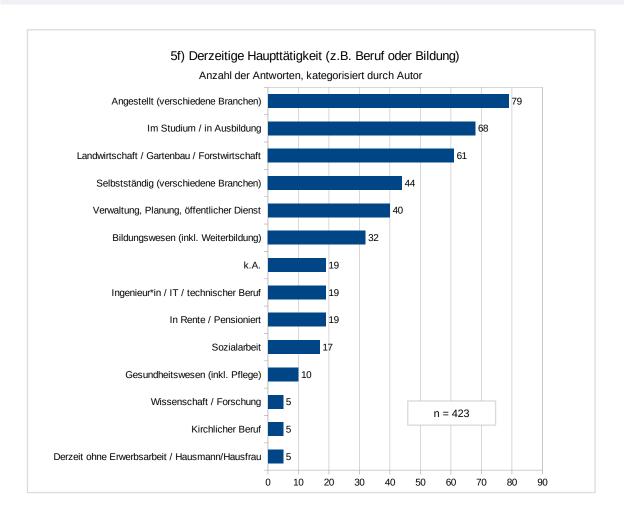


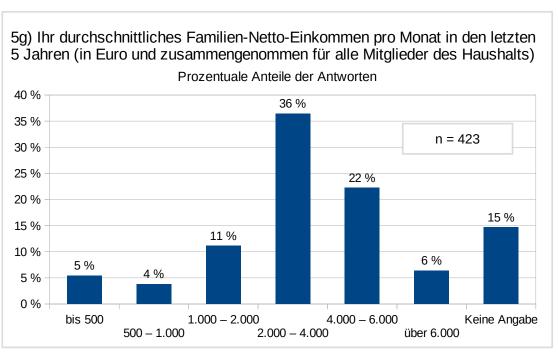












6 Auswertung Abschnitt 6: Kommentare, Anregungen, Ideen

6) Haben Sie weitere Kommentare, Anregungen oder Ideen zu diesem Fragebogen und der Dissertation?"

Es folgt eine vom Autor formulierte Zusammenfassung der Aussagen, die über das freie Textfeld unter 6) eingetragen wurden und die nicht bereits weiter oben explizit genannt worden sind:

1. Anmerkungen, Kommentare zur Migration:

- → Ratschlag, von florierenden ländlichen Räumen zu lernen und Strukturen oder Herangehensweisen auf andere Räume zu übertragen.
- → Frage, ob es eventuell erfolgsversprechender wäre, Menschen aus nicht zu vielen unterschiedlichen Nationen in einem Ort gemeinsam anzusiedeln.
- → Generell sei für die Integration wichtig, dass Kinder zusammen spielen und dabei lernen, dass es kulturelle Unterschiede innerhalb einer Gesellschaft gibt und dies normal sei.
- → Beschäftigung (und Deutschkurse) auch während der Klärung zum Aufenthaltsstatus, um keine langen Phasen von Langeweile und Beschäftigungslosigkeit zu vermeiden, die eine Integration erschweren.
- → Tipp: Gemeinsamer Ethikunterricht an Schulen statt aufgeteilter Religionsunterricht.
- → Es sei in Hinblick auf Migration wichtig, Fluchtursachen zu bekämpfen und keine lokalen Märkte in anderen Ländern zu zerstören.

2. Allgemeinpolitische Bemerkungen:

- → Durch staatliche Programme müssten in kurzer Zeit *nachhaltige* Strukturen entstehen, die sich mittelfristig selbst tragen.
- → Müssen ländliche Räume unbedingt dicht besiedelt sein? Widerspruch zum Anspruch, dort naturnahe Räume zu entwickeln oder erhalten zu wollen.
- → Die Bedeutung ländlicher oder entlegener Räum gehe in den letzten Jahrzehnten immer weiter zurück. Und zwar zugunsten der Metropolen. Dies verstärke auch die soziale Ungleichheit und die Schere zwischen Arm und

Reich, die entsprechend auch geographisch verlaufe.

→ Faires und integratives Schulsystem, die Dynamik in jetzigen erfüllt nicht die Ansprüche um Chancengleichheit bereit zustellen; sozialen Aufstieg und Vermischung zu fördern.

3. Anmerkungen zu historischen und aktuellen Best-Practice-Beispielen

Einige der Befragten verweisen auf verschiedene historische und aktuelle Beispiele, die zeigten, dass Zuwanderung in Deutschland funktioniere:

- → Die historische Epoche der Einwanderung der französischstämmigen Hugenotten in deutsche Teilstaaten Ende des 17. Jahrhunderts. Hinweis darauf, dass zu der Zeit aber neue Dörfer angelegt worden seien mit relativ homogenen Bevölkerungsstrukturen und bestimmten Privilegien für die Neusiedler.
- → Einwanderer, Rückwanderer oder Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg.
- → Die sogenannten Gastarbeiter in den 1950er und 1960er-Jahren.
- → Die sog. Aussiedler bzw. Russlanddeutschen in den 1990er-Jahren.
- → Hinweis auf das aktuelle "Entwicklungsprogramm ländlicher Raum (ELR)". Und Kritik daran, da bei diesem Programm nur Wohnungen und Gebäude gefördert würden, wenn Eigennutzung vorliege. Es erfordere, jedoch keine Förderung von Mietgebäuden, was problematisch sei.
- → Hinweis auf eine Ansiedlungsstrategie im Saarland seit 2015. Dieses sei erfolgreich gewesen (Name des Programms: "Aktionsprogramm 'Zuwanderung'").
- → Ansiedlung von Einwanderern habe in Bad Harzburg (ca. 30.000 Einwohner) geklappt, allerdings nur Dank eines starken ehrenamtlichen Engagements der Bevölkerung.

Insgesamt wurde recht viel positive Kritik in Bezug auf Fragebogen und Fragestellung geäußert. Eine weitere, größere Gruppe hatte konkrete Anmerkungen zum Fragebogen und äußerte verschiedene Kritikpunkte. Überraschend ist etwa, dass wenig explizite Beschwerden über eine multikulturelle Gesellschaft oder eine vermeintliche Bevorteilung von Ausländern gegenüber deutschen Staatsbürgern (ALG II versus Aufnahme von Geflüchteten) geäußert wurde. Wobei man einräumen muss, das Menschen, die sich explizit ausländerfeindlich äußern, dies möglicherweise nicht im Rahmen eines Fragebogens tun – oder einen solchen Fragebogen gar nicht erst ausfüllen würden.

6) Ich würde mich für ein ausführlicheres Interview oder für eine Gruppendiskussion zum Thema zur Verfügung stellen.

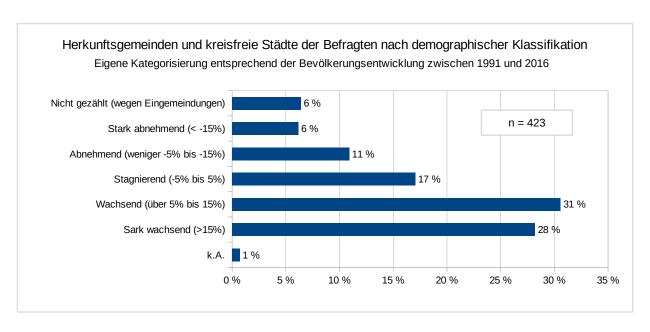
24,5% der Befragten haben sich bereit erklärt, dafür zur Verfügung zu stehen.

7 Anhang

7.1 Repräsentativität der Herkunftsgemeinden

Die Aufschlüsselung der Herkunfts-Bundesländer der Befragten zeigt, dass überproportional viele, die sich an der Befragung beteiligt haben, aus Baden-Württemberg stammen. Dieses Ungleichgewicht bestätigt sich auch dann noch, wenn man die Zahl der Befragten in Relation zu Bevölkerungszahl der jeweiligen Bundesländer setzt. Dieser Umstand hat etwas damit zu tun, dass die Recherchen nach Organisationen, Bauern und Vereinen in ländlichen und abgelegenen Räumen entlang frei verfügbarer, über Suchmaschinen auffindbare E-Mail-Adressen erfolgt ist. Zum einen kann es daher sein, dass überdurchschnittlich viele potentielle Teilnehmer*innen der Befragung in Baden-Württemberg angeschrieben wurden – oder die Bereitschaft der angeschriebenen Personen, die sich an der Befragung beteiligten, regional unterschiedlich hoch war. Aber dies kann letztendlich nicht genau nachvollzogen werden.

Aufgrund des regionalen Ungleichgewichts kam es auch in Bezug auf die Herkunftsgemeinden der Befragten auch zu einem Ungleichgewicht zugunsten demographisch wachsender und stark wachsender Gemeinden:



Wünschenswert wäre gewesen, dass strukturell/demographisch benachteiligte Gemeinden stärker repräsentiert wären.

Bei einer Gesamtzahl von 423 gültigen ausgefüllten Fragebögen ist eine Repräsentativität nicht gewährleistet. Diese Befragung ist allerdings explorativ angelegt, um einen Überblick über Positionen und Meinungen aus der ausgewählten Zielgruppe zu bekommen.

7.2 Verwendete Geodaten und Software

- → Statistische Auswertung und Layout: LibreOffice Calc und Writer (Versionen 6.2 und 6.3).
- **→ Kartographische Darstellungen:** Qgis 2.18
- → **Geodaten:** Auf Basis von SRTM (Höhendaten), Administrative Grenzen: Diva Gis (www.diva-gis.org), extrahiert aus: GADM database (www.gadm.org), Version 2.5, Juli 2015.